

Präambel

Aufgrund des § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) hat der Stadtrat Dingelstädt diesen Flächennutzungsplan beschlossen.



Dingelstädt, den 21.09.2005
Der Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Ausstellungsverfahren bis zum Satzungsbeschluss
Der Stadtrat Dingelstädt hat in der Sitzung am 18.12.1990 die Aufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Dingelstädt beschlossen.
Die ersuchende Bekanntmachung des Ausstellungsbeschlusses erfolgte am 20.12.1990.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 26.08.2005 bis 30.09.2005 im Baumarkt der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfs Stand Juli 2005.
Eine Bürgerversammlung fand zudem am 21.09.2005 statt.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte im September 2005.

Der Stadtrat Dingelstädt hat in der Sitzung am 13.06.2006 den Entwurf mit Begründung nach Abwägung der eingegangenen Anregungen im Zuge der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung zu dem Flächennutzungsplan gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im amtlichen Mitteilungsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt „Unstrut-Journal“ am 18.06.2006 mit dem Hinweis öffentlich bekannt gemacht worden, dass während der Auslegung Stellungnahmen abgeben werden können.
Der Entwurf zum Flächennutzungsplan und die Begründung lagen in der Zeit vom 28.08.2006 bis zum 28.09.2006 im Rathaus während der Dienststunden öffentlich aus.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 5.9.2006 von der öffentlichen Auslegung des Entwurfes gemäß § 3 Abs. 2 benachrichtigt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Der Stadtrat Dingelstädt hat in der Sitzung am 26.02.2008 dem geänderten Entwurf des Flächennutzungsplanes gemäß § 4 Abs. 3 BauGB beschlossen.
Die Art und die Dauer der Auslegung des geänderten Entwurfs sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im amtlichen Mitteilungsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt „Unstrut-Journal“ am 14.03.2008 mit dem Hinweis öffentlich bekannt gemacht worden, dass während der Auslegung Stellungnahmen zu den geänderten Teilen abgeben werden können.
Der Entwurf zum Flächennutzungsplan und die Begründung lagen in der Zeit vom 25.03.2008 bis zum 25.04.2008 im Rathaus während der Dienststunden zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich aus.

Die fristgemäß vorgezeichneten Stellungnahmen sind vom Stadtrat Dingelstädt in der Sitzung am 17.6.2008 geprüft worden.
Der Stadtrat Dingelstädt hat in der Sitzung am 17.6.2008 beschlossen und die Begründung gebilligt.



Dingelstädt, den 17.06.2008
Der Bürgermeister

Genehmigung
Die Aufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Dingelstädt wurde durch Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 18.03.2007 genehmigt.
Az.: 310-44/21.JD-6803/12008-16/64/025-DV/03/31/44



Weimar, den 18.03.2007
Landesverwaltungsamt

Beitrittsbeschluss
Die Nebenbestimmungen der Genehmigung wurden durch den satzungserneuernden Beschluss des Stadtrates vom 17.06.2008 erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 17.06.2008 bestätigt.

Dingelstädt, den 17.06.2008
Der Bürgermeister

Ausfertigung
Der Flächennutzungsplan der Stadt Dingelstädt ist am 25.08.2010 vom Bürgermeister der Stadt Dingelstädt zum Zwecke der ersuchenden Bekanntmachung nach § 6 BauGB ausgefertigt worden.



Dingelstädt, den 25.08.2010
Der Bürgermeister

Inkrafttreten
Genehmigung des Flächennutzungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erlangen ist, sind am 22.08.2010 im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt „Unstrut-Journal“ öffentlich bekannt gemacht worden. Der Flächennutzungsplan ist damit wirksam geworden.



Dingelstädt, den 22.08.2010
Der Bürgermeister

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, Mängel der Abwägung
Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Flächennutzungsplanes ist die Verletzung von Vorschriften beim Zusammenkommen des Flächennutzungsplanes innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Flächennutzungsplanes und Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.



Dingelstädt, den 23.09.2010
Der Bürgermeister

Rechtsgrundlagen

- 1. Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.9.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I, S. 3316)
- 2. Bauordnungsverordnung (BaunVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. Teil I, S. 10)
- 3. Planzonenverordnung 1990 (PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. Teil I, S. 58 ff.)

Stadt Dingelstädt

Flächennutzungsplan

Urschrift / Ausfertigung
(von der Gemeinde erstellt)

Umweltplanung:
Köbele, Landschaftsarchitekt
Tanningasse 4
37081 Göttingen

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 5 (2) Nr. 1, BauGB, §§ 1 - 11 BauNVO)
- Wohnbauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO)
- Gemischte Bauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BauNVO)
- Mischgebiet (§ 5 BauNVO)
- Gewerbliche Bauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO)
- Gewerbgebiete (§ 8 BauNVO)
- Industriegebiete (§ 9 BauNVO)
- Sondergebiete, die der Erholung dienen (§ 10 BauNVO), Wochenbauzonen
- Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO) z.B. Reithof
- Reithof
- Handel
- bauliche Entwicklungszonen (reklamatorische Flächen)

4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für Gemeinbedarf, Sport- und Spielanlagen (§ 5 (2) Nr. 2 und (4) BauGB)

- Flächen für den Gemeinbedarf (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Öffentliche Verwaltungen (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Schule (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Kirchen und ähnlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Speziellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)
- Feuerwehr (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)

5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrswege (§ 5 (2) Nr. 3 und (4) BauGB)

- Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrswege (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)
- Bahnanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)

9. Grünflächen (§ 5 (2) Nr. 5 und (4) BauGB)

- Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Parkanlage (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Dauergrünanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Sportplatz (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Spielplatz (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Betriebsplatz, Freibad (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Freizeithof (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 BauGB)
- Private Grünfläche

10. Wasserflächen, Wasserwirtschaft (§ 5 (2) Nr. 7 und (4), § 9 (1) Nr. 16 und (6) BauGB)

- Wasserflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 und Abs. 4 BauGB)
- Umgrenzung Trinkwasserschutzgebiet, mit Schutzzone III bzw. II
- Umgrenzung Überschwemmungsgebiet
- Hochwasserabwehrbecken (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

12. Land- u. Forstwirtschaft (§ 5 (2) Nr. 9 und (4), § 9 (1) Nr. 18 und (6) BauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4 BauGB)
- Flächen für den Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4 BauGB)

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 (2) Nr. 10 und (4) BauGB)

- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4 BauGB); sowie solche Festlegungen nicht durch andere Vorschriften getroffen
- natürliche Kompensationsmaßnahmen

15. Sonstige Planzeichen

- Nachrichtliche Übernahme übernahm vom Staatlichen Umweltamt Sachverhalte: Altlastenverdächtige Flächen (ALV) i.S.v. § 2 (9) des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17.03.1989 in THALUS (Flüchtlinge/Altlasteninformationssystem), Stand: November 2005 - weiteres s. Begründung zu diesem Plan
- die vollständige Liste der altlastenverdächtigen Flächen befindet sich in der Begründung
- Bau aller baulichen Aktivitäten wie Erschließungs-, Abwässer-, und Baumassnahmen abh. Umsetzung von Gebührens- bzw. Gebührenverordnungen auf den als altlastenverdächtige Flächen erstellten Plänen ist vor Beginn der Ausführung die unter Bodenschutzbehörde beim Landesamt Erläuterung anzusehen.

Grenzen des Geltungsbereiches

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung (z. B. § 1 Abs. 4 § 19 Abs. 5 BauGB)

Sauerzungengebiet

Gebiete und Gebietsteile zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Flächenmanagement

Geschützte Biotope

Geschützte Biotope im Sinne d. § 5 Abs. 1 Nr. 1 des BNatSchG unter Berücksichtigung d. landesweiten Schutzstatus, Stand: Gesch. Teil v. Natur u. Landschaft sowie Lebensstätten wildlebender Tiere u. Pflanzen o. bes. geschützter bzw. v. Aussterben bedrohter Arten

Geschützte Biotope im Sinne d. § 5 Abs. 1 Nr. 2 des BNatSchG unter Berücksichtigung d. landesweiten Schutzstatus, Stand: Gesch. Teil v. Natur u. Landschaft sowie Lebensstätten wildlebender Tiere u. Pflanzen o. bes. geschützter bzw. v. Aussterben bedrohter Arten

